

Volksabstimmung vom 28. September 2025 – Abschaffung des Mietwerts

Eine Steuer abschaffen, um sie durch eine andere zu ersetzen!

Dem Entwurf des Bundesrats mangelt es an Klarheit und Pragmatismus.

Am 28. September 2025 wird das Schweizer Volk über die Abschaffung des Mietwerts und die mögliche Einführung einer kantonalen Immobiliensteuer auf Zweitwohnungen abstimmen.

Innerhalb des IAVS-Vorstands wurde dieses Thema intensiv diskutiert. Nachfolgend finden Sie unsere Stellungnahme dazu. Wir weisen darauf hin, dass es Aufgabe der IAVS ist, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten und zu verteidigen.

Heute gilt: Wer eine Wohnung besitzt und bewohnt, muss den Mietwert als steuerpflichtiges Einkommen angeben. Im Gegenzug kann er die Hypothekarzinsen und Unterhaltskosten, einschliesslich bestimmter energetischer Sanierungen, von seinem steuerpflichtigen Einkommen abziehen.

Nach der Abstimmung: drastische Einschränkung der Steuerabzüge für Renovierungs-, Unterhalts- und Energiekosten sowie Hypothekarzinsen (ausgenommen Erstkäufer, vermietete Wohnungen oder historische Denkmäler). Als neue Verfassungsgrundlage **können die Kantone eine Sondersteuer auf R2 einführen**, um mögliche Steuerausfälle auszugleichen.

Ein JA wird Konsequenzen haben

- Den Zugang zu Wohneigentum erschweren
- Das Interesse am Zugang zum Familienerbe mindern
- Verringerung des Zugangs zur üblichen Instandhaltung des Gebäudes
- Mittelfristige und langfristige Beeinträchtigung der Wohnqualität
- Verlust der Wertsteigerung des bereits bebauten Erbes und des zukünftigen bebauten Erbes
- In einer Zeit, in der wir über Verdichtung der Bebauung und graue Energie sprechen, würde diese Abschaffung dazu führen, dass bestehende Gebäude zugunsten „massiver Neubauten“ „vernachlässigt“ werden und somit das bestehende Erbe seiner Substanz beraubt wird, wodurch mögliche „Ruinen“ die Landschaft verschandeln
- Verlust von Steuerabzügen, sei es bei Investitionen, für Instandhaltung oder für energetische
-



Der IAVS-Vorstand empfiehlt ein NEIN zu stimmen

- Für die Auftragnehmer, oft KMU, gehört der Bau oder die Renovierung einer bestimmten Immobilie für eine Privatperson zum Alltag: Gefahr der Gefährdung der davon abhängigen Arbeitsplätze
- Erhebliche Verluste für die Baubranche
- Für Eigentümer zusätzliche Unterhaltskosten besonders für junge Familien, die sich verschulden könnten
- Belastet die Mittelschicht
- Verringert die Steuereinnahmen, was sich negativ auf die Infrastruktur, den Umgang mit Naturgefahren und die Wirtschaft insgesamt auswirkt
- Beeinträchtigt das Klima
-

Um hochwertige Gebäude zu erhalten und zu pflegen
Um Arbeitsplätze zu erhalten und unsere KMU zu unterstützen
Um Nachhaltigkeit zu fördern
Um Renovierungen nicht zu behindern
Um Schwarzarbeit zu vermeiden

... stimmen wir NEIN am 28. September

Lasst uns gemeinsam unsere Stimme erheben!